

Bezugspreise:
Für sechs monatlich bei regelmäßiger
Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
3,75 Mk., durch die Post monatlich
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.,
einjährig 30,00 Mk. Einmalige
Bestellungen werden von allen Zeitungs-
postämtern angenommen. Im
einzelnen Zeitungsverzeichnis unter
Code-Zeitung eingetragen. Für
Veränderung eingetragene Haus-
preise sind keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der
Genehmigung der Code-Zeitung ge-
bietet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Postamt-Verwaltung Nr. 1103
u. 1133, der Verlags-Verwaltung Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Anzeigenpreise:
Die 6 gepaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 40 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restlinien
die 42 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenannahme-Erfüllungsstellen.
6 alle. Erstausgabe täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schließung des Geschäfts am
Freitag. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 13. Dr. Braunauer 17.
Telefon-Geschäftsstellen: Große
Weichstraße 52 und Markt 22.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Stündlichste Jahrgang.

Nr. 449.

Halle, Sonntag, den 25. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Reichsfinanzen und preussische Haushaltsorgen.

Die Vorlage des Preussischen Finanzministeriums für eine preussische Steuer vom Grundvermögen erfordert eine eingehende Prüfung im Rahmen unserer gesamten öffentlichen Finanzverwaltung. Man darf nicht übersehen, daß mit dieser Landessteuer den Kommunen das letzte Glied selbständiger Finanzwirtschaft genommen wird, das mit ihrer Durchführung die kommunale Selbstverwaltung eine ihrer letzten wesentlichen Grundlagen verlieren würde. So wenig in Angelegenheiten politischer Natur und Verträge in dogmatischer Starrheit sich dem Zwang zu aufeinander handelnden und oberdieser Wirtschaft entgegenstellen dürfen, so wenig darf aber auch nun die Not der Zeit benötigt werden, welche zu begründen oder durchzuführen, deren Nachteile größer sind als ihre Vorteile. Es muß betont werden, daß der Zwang, die kommunale Selbstverwaltung völlig zu untergraben, für Preußen zur Ordnung seiner Finanzen nicht besteht.

Wie sieht der preussische Haushalt aus? Einnahmen von 14,41 Milliarden stehen Ausgabe in Höhe von 16,77 Milliarden gegenüber. Das Defizit beträgt also 2,36 Milliarden. Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen: Aus den Betriebsverwaltungen (Kommunen, Forsten, Gesteine, Lotterien, Staatsbank, Münzen, Bergwerke usw.) 4,88, aus den Staatsverwaltungen 9,86 und aus außerordentlichen Einnahmen 9,11 Milliarden. — Die Einnahmen aus den Staatsverwaltungen gliedern sich in 6,19 Milliarden aus der Finanzverwaltung, hieron 5,8 Milliarden aus den Anteilen an den Reichsteuern und sonstigen Einnahmen aus den einzelnen Ministerien.

Die überragende Bedeutung der Ertragsanteile an den Reichsteuern wird, sobald man die Defizitbeteiligung erwaägt, auf die Steigerungsmöglichkeiten dieser Einnahmenquellen vor allem die Aufmerksamkeit lenken. Dem preussischen Finanzministerium ist es bezeugt, daß es sich darum zu tun, selbständige preussische Steuern zu schaffen. Ganz offen werden in der Begründung diese Vorschläge begründet. Jedenfalls müssen die Länder, um sich ihre Selbstständigkeit wenigstens in den verbleibenden Grenzen zu erhalten, sich die Verfügung über die ihnen zugewiesenen eigenen Einnahmequellen sichern. Das scheint weit wichtiger, als die Erhaltung der Reingehalte alles Staatsbürgerlichen Lebens, der kommunalen Selbstverwaltung.

Ein wesentliches Ziel des Landessteuergesetzes vom März 1920 war, eine Selbstverwaltung für die Länder aus den Erträgen der Reichsteuern herauszulösen, die die Finanzen der Länder im Gleichgewicht hält. Besteht tatsächlich das preussische Defizit in der angenommenen Höhe? Schon diese Frage muß verneint werden, muß um so mehr verneint werden, da dem preussischen Finanzministerium bei seiner Haushaltsrechnung bereits die höheren Erträge aus verschiedenen Reichsteuern bekannt, die entsprechenden Anteilserhöhungen also erschreibbar, da bei Ausarbeitung des Grundsteuerentwerfs die neuen Reichsteuerelemente bereits bekannt waren. Grundsteuer und Grundvermögenssteuer sind hierbei ausgeschlossen. Um so genauer müssen wir die Anteilserträge aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer prüfen.

Der Anteil an der Einkommensteuer liegt im preussischen Etat mit 4,8 Milliarden. Dieser Einnahme stehen 2,4 Milliarden Ausgaben aus weitergegebenen Anteilen an die preussischen Gemeinden gegenüber. Für den preussischen Haushalt Preußens verbleiben also 2,4 Milliarden. Diese Berechnung ist aufgestellt unter Zugrundelegung der Einnahmestellen des Reichshaushalts von 1921 für die Einkommensteuer mit 12 Milliarden. Rechnet man nun aber — angelehnt an die dauernde Steigerung der Einkommenssteuereinnahmen ist man hierzu völlig berechtigt — die Einnahme vom Juni 1921 als Jahresdurchschnitt, so ergibt sich eine Reichseinnahme von 16,5. Auf Preußen entfallen dann insgesamt fast 4,8 Milliarden 68; zum Eigenverbrauch stehen nach Abgabe der Hälfte an die Gemeinden 2,3 zur Verfügung. Die Mehreinnahme beträgt 0,9 Milliarden.

Von der Körperschaftsteuer erhält Preußen aus einer Gesamt-Reichseinnahme von 1,95 Milliarden 420 Millionen, von denen es 210 an seine Gemeinden weiterläßt. Im ersten Steuerjahr 1921 sind beim Reich über 650 Millionen gleich einem Jahresertrags von 2,6 Milliarden eingegangen. Diese Einnahmesteigerung bedeutet für Preußen eine Gesamteinnahme aus seinem Anteil in Höhe von 1,04 Milliarden, eine Erhöhung seiner Weitergabe an seine Gemeinden auf 522 Millionen. Für seine eigene Haushaltsrechnung erhält Preußen ein Mehr von 0,52 Milliarden. Aus der Umsatzsteuer erhalten die Länder nach § 41 des Landessteuergesetzes 10 v. H. Für Preußen ergab dies bei einem Gesamt-Reichseinnahme von 5,4 Milliarden nach der Ertragsabgabe des Reichshaushalts für 1921, da 2,9 Milliarden der Ertragsanteile auf sein Landesgebiet entfallen, 2,5 Milliarden. Überträgt man nun die Mehreinnahme des ersten Steuerjahres 1921 auf das ganze Steuerjahr, so erhält man eine Gesamteinnahme von 11,2, eine Steigerung der Ertragsanteile in Preußen auf etwa 4,7 v. H. eine Steigerung des preussischen Landesanteils mit 10 v. H. auf 4,70 Milliarden. Die Mehreinnahme beträgt hier 0,241 Milliarden.

Eine Zusammenfassung dieser Mehreinnahmen auf der Grundlage der bestehenden Steuererträge ergibt: Mehreinnahme aus der Einkommensteuer 0,900 Milliarden, Mehreinnahme aus der Körperschaftsteuer 0,512 Milliarden, Mehreinnahme aus der Umsatzsteuer 0,241 Milliarden, Gesamtmehreinnahme 1,653 Milliarden.

Bei diesen Errechnungen ist nun aber zu berücksichtigen, daß die Erträge der Körperschafts- und Umsatzsteuer durch die bevorstehende Finanzreform wesentlich gesteigert werden sollen. Die Mehreinnahme, die man bei Durchführung der Novelle zur Körperschaftsteuer erhofft, beträgt 1,5 Milliarden insgesamt. Für Preußen würde die Mehreinnahme nach Antragung der Erhöhung der Anteile der Gemeinden der Umsatzsteuer wird, legt man der Ertragssteigerung die tatsächlichen steuerlichen Ergebnisse zugrunde, zu einer Gesamteinnahme von 2,74 Milliarden (statt 2,1 Milliarden nach der Errechnung der Novelle) führen. Gegenüber dem jetzigen Gesamtanteil von 541 Millionen (statt 21 Millionen) 10 Prozentige Anteil Preußens auf 1,16 Milliarden setzern; d. h., daß hier eine weitere Mehreinnahme von 619 Millionen bevorsteht.

Rechnet man diese 919 Millionen Mehreinnahme zu den oben errechneten Einnahmehöhen von 14,83 Milliarden, so erhält man gegenüber dem jetzigen Defizit von 2,36 Milliarden eine Mehreinnahme von 2,372 Milliarden. Darf bei dieser Sachlage das preussische Finanzministerium die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung gestärkt?

Mit diesen Vorarbeiten gegenüber den Plänen des preussischen Finanzministeriums soll keineswegs nun etwa eine weitgehende steuerliche Befreiung des Grundvermögens angelehnt werden. Im Gegenteil werden sich hier sehr erhebliche steuerliche Möglichkeiten bei dem Abbau der unhalbbaren jetzigen Höchstrentenpolitik ergeben. Nur wollen wir betonen, daß unteres Erträgnis diese steuerlichen Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung vorbehalten bleiben müssen, solange kein absoluter unabweisbarer finanzieller Zwang, diesen Weg seitens der Landessteuerverwaltung zu gehen, besteht.

Deutsch-polnische Verhandlungen in Beuthen

Neuerlich haben in Beuthen zwischen deutschen und polnischen Vertretern unter dem Vorherrschaft des englischen Offiziers Williams erneute Verhandlungen in Sachen der Rückführung der oberösterreichischen Flüchtlinge stattgefunden. Von 12 000 in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitern der Kreise Pöhl und Mähren haben 7 127 angelehnt polnischer Widerstand noch nicht wieder an die Arbeit zurückkehren können. Auf der Pöhl-Grube sind 400, auf der Emma-Grube 800 Arbeiter noch immer ausgepöhlert. Desgleichen haben 1900 Beamte der Pöhlischen Verwaltung noch nicht in den Kreis Pöhl zurückkehren können. Besonders für die Zurückführung der Tatiade, die die Polen noch heute die Büroräume des Metallarbeiterverbandes und die Räumlichkeiten des Pöhlbüros besetzt halten. Desgleichen ist es noch nicht gelungen, die zahlreich, während des Aufstandes aus dem Boden geschossenen wilden Schlingen zur Schließung zu bringen. Bekanntlich mußten in der Aufstandzeit zahlreiche deutsche Lehrer, um ihr Leben zu retten, flüchten. An ihrer Stelle übernahmen kongrepolitische Studenten die Unterrichtsverteilung in wilden Schulen, die nach einer Verfügung der internationalen Kommission zwar schon längst hätten geschlossen werden müssen, der Verfügung zum Trotz aber ungehindert weiter bestehen. Während bisher von polnischer Seite die Zahl der polnischen Flüchtlinge immer auf 3000 Personen angegeben worden war, treten die Polen jetzt mit der Behauptung hervor, die Zahl der oberösterreichischen Flüchtlinge polnischer Nationalität sei auf 15 000 zu veranschlagen. Von seiten des englischen Verhandlungsführers wurden diese Zahlen als Übertreibung gekennzeichnet und auf das richtige Maß zurückgeführt, wie auch polnische Klagen über angebliche Terrorakte deutscher Selbstschutzleute im Kreis Pöhl als gegenstandslos zurückgewiesen wurden. Das Ergebnis der Verhandlung war die Bildung einer engeren Kommission, die in jeder Woche fortlaufend über das Fortschreiten der Rückführungsaktion Bericht zu erhalten hat. Gleichzeitig wurde an die deutsche und polnische Presse eine eindringliche Mahnung zur Mäßigung gerichtet.

Schwere Mißhandlung des Direktors der Donnermarkt Hütte.

Gestern verurteilte sich die Reichsgericht der Donnermarkt-Hütte gehörigen Konfordia-Grube, Kärnten, das Direktionsgebäude und verurteilte, von dem General-Direktor Krause das schriftliche Anerkennung zu erzwängen, daß die Pöhlische Grube gepöhlert werde. Als Direktor Krause sich weigerte, wurde er von den Arbeitern heftig verprügelt. Da er trotz der Belästigungen auf seiner Weigerung, die Unterhütte zu geben, beharrte, wurde er zur Schadanlage geschleppt unter der Drohung, er werde in den Schacht gestürzt werden. Angehört der Lebensgefahr sah sich Generaldirektor Krause gezwungen, seine Unterhütte endgültig zu geben.

Ein Reichshilfsauschuß für Oppau.

Unter Beteiligung der Reichsbehörden, des bayerischen Handelsministers, des bayerischen Arbeitsministers und anderer Vertreter der Behörden sowie der Spitzenorganisationen von Handel und Industrie und der Arbeitsetz-

ferner der führenden christlichen Organisationen und Vereinen der Pöhlische heute vormittag im Reichsarbeitsministerium die Gründung des Reichshilfsauschusses für Oppau statt. Reichsarbeitsminister Braun, der erst heute von der Unglücksstätte zurückgekehrt ist, machte eingehende Mitteilungen über die Verhältnisse des Unglücks. Von sämtlichen Anwohnern wurde unter Zustimmung der bayerischen und der böhmisches Behörden einseitig die Gründung eines Reichshilfsauschusses beschlossen, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der Einheitslichkeit des Hilfswerkes. Der Reichshilfsauschuß, dessen Geschäftsführung einem kleineren Arbeitsauschuß übertragen wurde, wird alsbald einen Aufruf für die Opfer von Oppau erlassen. Die Geschäftsführung des Arbeitsauschusses liegt beim Reichsarbeitsministerium, Berlin NW, Schornsteinstr. 35. Spenden werden schon jetzt auf die Postkassettente Berlin Nr. 117 000 und Frankfurt am Main Nr. 55 000 sowie Ludwigshafen Nr. 15 000 entgegen genommen. Die Eröffnung weiterer Annahmestellen steht bevor.

Nach einer Hausbesuchung hat der französische Oberkommissar Litzard angesichts des außerordentlichen Umfangs der Katastrophe von Oppau aufs neue eine Summe von 77 000 Mark überweisen, die den Interessierten der Opfer durch Vermittlung des Bezirksamtes, der Bürgermeister der verunfallten Dörfer und der katholischen und protestantischen Geistlichkeit von Ludwigshafen aufzuteilen soll.

Die Oppauer Toten.

Nach der bisher durch das Ludwigshafener Bürgermeisterrat veröffentlichten Liste sind 325 Tote gemeldet, die mit ihrem Namen etwanandert festgelegt sind, außerdem 73 Tote, die unerkannt dem Gräbchhof übergeben worden sind. Seitens der Angehörigen sind bis gestern abend 69 Personen als vermisst gemeldet worden. In den Krankenhäusern der Pöhl, in Mannheim und Heidelberg usw. sind 519 Verwundete aufgenommen worden.

Die Ententehilfe für Oesterreich.

Seine Majestät.

London, 24. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet in der Frage der Kredite für Oesterreich sei eine neue Schwerezeit entstanden. Rumänien und Serbien zeigen bisher keine Neigung, ihre Rechte auf die österreichischen Reparationen aufzugeben. Eine amerikanische Unterhändler habe wegen der Verzögerung der Annahme der Bill über die ausländischen Anleihen und Kredite aus. Die französische Regierung müsse jetzt ihre Hilfe von der Befreiung der Kupons der französischen Staatsanleihe in Frankreich abhängig machen.

Die Ungarn greifen an.

Das Wiener Korrespondenzbüro teilt mit: Heute frühzeitig haben die ungarischen Verbände, unterstützt durch bewaffnete ungarische Gendarmen, unsere Sicherungstruppen bei Rudan bei Leitza angegriffen. Viele mußten ihre Verteidigungsstellungen an den Leitzaflüßchen verlassen. Nach Tagesanbruch gelang es, die ungarischen Verbände zurückzuweisen. Nach den bisherigen Meldungen sind zwei Wehrmänner gefallen; einer ist leicht verwundet worden.

Der Ausschuss für Auswärtiges setzte heute keine Beratungen fort. Dr. Reibel beantragte die Annahme nachstehender Entschlüsse:

Der Ausschuss für Auswärtiges nimmt von dem Berichte des Bundeskanzlers über den Stand der burgenländischen Frage Kenntnis und billigt das Verhalten der Regierung. Der Ausschuss ermächtigt die Regierung, auch weiterhin alle ihr erforderlich erscheinenden Schritte zu unternehmen, damit endlich der von Ungarn unter den Augen Europas verübte Rechtsbruch hergestellt, das Burgenland von seinen Qualen erlöst und der ständigen Verwundung der österreichischen Grenzbevölkerung ein Ziel gesetzt wird. Der Ausschuss, billigt das Verhalten der Regierung, wurde mit einer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der rechten Teil der Entschlüsse einstimmig angenommen.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England.

Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet aus Cardiff über den Plan der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Es sei dringend notwendig, Maßnahmen zur Unterhütung der Arbeitslosen, vor allem Sondermaßnahmen zur Durchführung des Handels und der Erzeugung, sowie der Währung des ausländischen Währung zu treffen. Das Kabinett sei der Ansicht, wenn der Handel nicht wieder auflebe, so werde während der nächsten drei Jahre die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich eine Million betragen. Der Unterhalt dieser Arbeitslosen werde 10 Millionen Pfund Sterling kosten. Es sei daher besser, diese Summe für die Wiederbelebung des Handels auszugeben und den Arbeits-

ihnen normalen Erwerb zu sichern. Verschiedene Minister erklärten: Dieser den Handel belahen als das Budget ausgleichend. Lloyd George beabsichtigt nach seiner Rückkehr nach London Beratungen mit den führenden Männern der Industrie, des Handels und der Finanzen abzuhalten und dann dem Parlament bei seinem Zusammentritt einen Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu unterbreiten. Ein Zusammengehen zwischen Regierung, Erzeugern und Banken sei notwendig. Die Frage der Währung scheint dem Kabinett die schwierigste zu sein. Ein besonderer Anschlag soll sich mit dieser Frage befaßen.

„Daily Herald“ berichtet, es drohe wegen der Lohnschwierigkeiten eine Ausperrung in der Maschinen- und Schiffbauindustrie am 12. Oktober, von der über 2 Millionen Arbeiter betroffen würden.

„Daily News“ meldet, daß der Arbeiterdreibund wegen der Erfahrungen im Kohlenstreik und angesichts der Schaffung eines Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes endgültig und formell aufgelöst worden sei.

Die soziale Säugung in England.

In der Hauptfrage des Stadtrats von London kam es zu erneuten Zusammenstößen zwischen Arbeitlosen und Polizei. Die Manichäen stehen auf die Abspernung und setzen sich auf die Schulente, um sich durch die Abspernung Bahn zu brechen. Es entstand ein Handgemenge, das das Eingreifen britischer Polizei erforderlich machte. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, darunter die von zwei Führern der Arbeitlosen. Ueberhaupt steht die Arbeitlosenfrage neben den tiefsten Sorgen jetzt im Vordergrund des öffentlichen Interesses in England. In der gemeinsamen Sitzung, die die parlamentarische Kommission der Trade-Unions und der Vollzugsausschüsse in London abhielt, wurde beschlossen, sofort ein Schreiben an Lloyd George und an den Sprecher des Unterhauses zu richten, in dem die sofortige Einberufung beider Häuser des Parlaments zur Beratung der Arbeitslosenfrage in außerordentlicher Session gefordert wird.

Lasciate ogni speranza

„Daily Mail“ meldet aus New-York, die amerikanische Regierung scheine zu befürchten, daß die übertriebenen Hoffnungen, die sowohl in Amerika als auch im Ausland an die Ergebnisse der kommenden Washingtoner Konferenz geknüpft würden, eine Bedrohung der Stellung der Regierung bedeuten. Daher werden von Seiten der Regierung in den an die Presse gegebenen Mitteilungen zum Ausdruck gebracht, eine zu große Heroisierung der Bedeutung der Washingtoner Konferenz sollte vermieden werden.

„Daily Mail“ berichtet, es scheine jetzt als ob die am 11. November beginnende Washingtoner Konferenz auf die Teilnahme der Vereinigten Staaten, Japans, und des Britischen Reiches beschränkt werden solle und als ob sich die Erwartungen nur mit der Frage des Stillen Ozeans und der Abhängigkeitseinsparungen befassen würden. In England sind laut „Daily Mail“ amtliche Veröffentlichungen von Seiten der Vereinigten Staaten erfolgt, in denen zum Ausdruck gebracht wird, daß die Anwesenheit Lloyd Georges auf der Washingtoner Konferenz erwünscht ist. Lloyd George hat daher endgültig beschlossen, nicht nach Washington zu gehen. Bonar Law wird die britische Vorordnung in Washington führen. Es ist zweifelhaft, ob der Gesundheitszustand Balfours ihm gestatten wird, nach Washington zu gehen.

Der freie Handel in Sowjetrußland.

Eröffnung von Warenbörsen.

In Samara und Saratow sind, wie aus Riga gemeldet wird, Warenbörsen eröffnet worden. Diese Börsen sollen auch in anderen Städten in Kürze eingerichtet werden. Die Sowjetregierung beabsichtigt auch die Erlaubnis zur Eröffnung von Warenbörsen zu erteilen. Als weitere Folge der Wiederzulassung von Kapitalanlagen bei den Banken der Kooperative und der staatlichen Finanzabteilungen ist auch der bargeldlose Geldverkehr wieder eingeführt worden. Auch die Wohnstätten sind wieder eröffnet.

Das Präsidium des allrussischen Zentralerwerbskomitees indet in einem Mandatsreiben, daß die lokalen Behörden die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung ungenügend befolgen. Sie greifen unter Verletzung der vom Staate abgeschlossenen Verträge in die privatrechtliche Tätigkeit ein und lösen willkürlich die mit Privatpersonen geschlossenen Verträge. Dadurch werde bei der Bevölkerung das Gefühl der Unsicherheit und der Unvoel bei der Tätigkeit des neuen Kurzes erregt. Obgleich die Naturalisierung eingeleitet ist, kommen Fälle vor, wo Betriebe requiriert und konfisziert werden. Das Mandatsreiben verlangt energische Maßnahmen gegen diese Mißstände.

Beunruhigung über die Wina-Frage in Warschau. Die Stillungnahme des Arbeiterbundes in der Wina-Frage ist nach der Lösung der Kabinetskrise in den Mittelpunkt des Interesses getreten. Die mangelhafte

Unterstützung Frankreichs hat in Warschau einen sehr schiefen Eindruck erweckt. Der „Kacopolita“ zufolge besteht in den Kreisen des Arbeiterbundes der Plan, Polen zur Annahme der von Sygnis vorgeschlagenen Regelung der Wina-Frage zu zwingen. Dabei soll angeblich auch der im Rieger Vertrage Polen zugewandene Korridor zwischen Litauen und Sowjetrußland dem Winaer Komplex einverleibt werden. Die Rechtspresse bemängelt die diplomatischen Fähigkeiten des polnischen Vertreters im Wälerbunde Altman, während die Organe der Linken die gegenwärtige Lage als Folge der Politik Federwetski und Grobelis hinstellen. Der „Kriegsblat Niedzwiedzki“ bemerkt, daß die Wälerbundstrategie in Regierungskreisen niederschmetternd gewirkt habe. Die Parteivertreter haben beim Außenminister Stirkum vorgeschrien und erhielten die Mitteilung, daß der polnische Gesandte in Paris, Jamoski, in dieser Frage Briand aufsuchen werde. Die „Gazeta Warszawska“ schreibt: „Wir wünschen keinen Krieg, aber wenn sich die Notwendigkeit zeigt, würden wir nicht vor ihm zurückweichen und werden uns zu verteidigen wissen.“

Ein Hochverratsprozeß.

Leipzig, 23. September.

Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafstraf des Reichsgerichts begann heute der Hochverratsprozeß gegen 22 Angeklagte aus Ostern (Anhalt) und Umgegend, welche sich wegen eines hochverräterischen Unternehmens zu verantworten haben. Sie sind angeklagt, in der zweiten Hälfte des August 1920 auf eine von der kommunistischen Zentralkommission in Berlin ergangene Anregung für in Ostern eine rote Armee gebildet und zu dem Zwecke, die Reichsverfassung gewaltam zu ändern und die Wälerrepublik einzurichten versucht zu haben. Die Angeklagten sind sämtlich bis auf einen in Haft und verfahren teilweise Strafen, die ihnen in der letzten Zeit auferlegt worden sind. Einer der Angeklagten ist Privatlehrer, die meisten anderen sind Arbeiter oder Handwerker. Als Verteidiger der Angeklagten sind sechs Rechtsanwälte aus Leipzig, Halle und Berlin tätig. Der Prozeß ist außerordentlich umfangreich und wird voraussichtlich 6 bis 7 Tage in Anspruch nehmen. Für heute sind weder Zeugen (es sind deren 32 vorgelesen) noch Sachverständige geladen. Die Verhandlung wird vom Senatspräsidenten Dr. v. Pelargus geleitet. Die Reichsanwaltschaft wird durch Landgerichtsdirektor Niedhammer, Hilfsarbeiter bei der Reichsanwaltschaft, vertreten.

Die Vernehmung der Angeklagten zur Person gab sofort zu Weiterungen Anlaß. Mehrere Angeklagte behaupteten, sie könnten die angegebenen Vorstrafen, soweit sie ihnen von dem außerordentlichen Gericht in Dessau im Herbst vergangenen Jahres auferlegt worden sind, als solche nicht anerkennen, da sie die Sondergerichte für verfassungswidrig halten. Darauf machten vier Verteidiger längere Ausführungen, die dahin gingen, daß die von Reichspräsidenten am 30. Mai 1920 erlassene Verordnung über die Errichtung von Sondergerichten und die Androhung von Zuchthausstrafen bis zu 5 Jahren oder Gefängnis für unerlaubte Bildung von Heresverbänden der Verfassung, mindestens aber den preussischen Belagerungszustandsgesetz, widerspreche. Die beiden Urteile des Sondergerichtes in Dessau, die für eine Anzahl der Angeklagten in Frage kommen, seien deshalb nicht, und es werde Wert darauf gelegt, daß das Reichsgericht dies anerkenne. Sollten aber die Dessauer Urteile für rechtsgültig angesehen werden, so müsse verlangt werden, daß das Verfahren gegen die betreffenden Angeklagten eingestellt werde, da sie wegen derselben Tat, wegen deren sie heute sich verantworten sollen, bereits rechtskräftig abgeurteilt seien. Der Tatbestand ist in Dessau derselbe gewesen wie heute und es komme nicht darauf an, daß in Dessau der Gesichtspunkt des Hochverrats nicht in Betracht gezogen worden sei.

Ein dritter Verteidiger vertrat die Ansicht, daß das Reichsgericht jetzt nicht über die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten und der Dessauer Urteile zu entscheiden habe. Er stelle sich auf den Standpunkt, daß diese Urteile rechtskräftig ergangen seien und war deshalb ebenfalls der Meinung, daß das Verfahren wegen Hochverrats gegen die in Frage kommenden Angeklagten wegen Verbruchs der Straftat einzustellen sei. Damit das Reichsgericht über alle diese Fragen sich schließend machen könne, beantragten die Verteidiger die Verlesung der Dessauer Urteile.

Nach längerer Beratung beschloß der Gerichtshof, die Anträge der Verteidiger abzulehnen, da er sich über die Frage der Rechtsgültigkeit der Dessauer Urteile erst am Schluß der Verhandlung bei Verlesung des Urteils schließend machen werde.

Die Verhandlungen sollen täglich etwa bis 4 Uhr dauern.

Aufhebung des preussischen Kommissariats für öffentliche Ordnung?

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, sind seit einiger Zeit zwischen dem Reich und Preußen Verhandlungen darüber im Gange, wie unter Aufhebung des preussischen Staatskommissariats die Befugnisse des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung in Preußen neu zu regeln sind. Nach der bisherigen Ordnung war der Reichskommissar keine vorsehliche Stelle des preussischen Staatskommissars und nicht berechtigt, an beiden Weisungen zu geben.

Interpellation der Demokraten im bayerischen Landtag.

In bayerischen Landtage ist folgende Sozialdemokratische Interpellation eingegangen:

Seit April 1920 haben sich bei den Justiz- und Polizeiverwaltungen in Bayern, insbesondere bei der Behandlung politischer Fälle, Mißstände herausgebildet, die das öffentliche Leben des ganzen Landes und besonders Mißstandens heftig erschüttern und bringend eine sofortige gründliche Abhilfe erfordern. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zur Beseitigung dieser Mißstände zu treffen? In der Begründung wird ausgeführt, daß in München seit Monaten eine Polizeipraxis herrsche, die eine zunehmende Verheerung der verschiedenen Bevölkerungsschichten durch die Bildung maßloser Ausschreitungen politisch rechtslos gerichteter Parteien und eine steigende Erörterung hervorgerufen habe. Die öffentliche Befähigung links gerichteter Parteien sei eingeeignet worden, auch so weit sie auf den Schutz der bestehenden Verfassungserfassung gerichtet war.

Der Ankauf von Gold

für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 26. September bis 2. Oktober d. J. 38. ununterbrochen in der Wämonde zum Preise von M. 450 für ein Quanzigmarkstück, M. 225 für ein Zehnamarkstück. Für 1 Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank M. 63.000 und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Harden läßt abfangen.

Nach einer Meldung der „A. Z.“ aus Washington teilte der Impresario Maximilian Harden mit, daß alle Vorbereitungen auf Blage bei den Vorlesungen Hardens für unglücklich erklärt werden müßten, da von deutsch-amerikanischer Seite eine heftige Opposition angekündigt wurde.

Deutsches Reich.

Demokratischer Parteitag für Rheinlande. In Arnsheim fand am Sonntag ein von gegen 200 Vertretermännern besucht demokratischer Parteitag für Rheinlande zur Vorbereitung der Landtagswahlen statt. Es wurde dabei u. a. folgende Entschliessung angenommen: Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei in Rheinlande fordert die alsbaldige Aufhebung der Sanktionen sowohl der wirtschaftlichen wie der militärischen. Ihre Wirkung auf das politische und wirtschaftliche Leben der besetzten Gebiete wird von Tag zu Tag unheilvoller. Der Parteitag erwartet, daß keine Kongessionen gemacht werden, welche Produktion und Handel und Luxuseinfuhr des Auslandes ausliefern. Insbesondere erwartet er, daß die Reichsregierung bei der Einruß von Weizen dem Umfang Rechnung trägt, daß inzulässig in Glück-Verträgen das französische Weingeld in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz verleiht die Benennung von Weizen nach dem Herkunftsort, wenn sie mit anderen Erzeugnissen vermischt sind. Es dürfen also nach dem französischen Gesetz etwa lothringische Weine in Zukunft nicht mehr nach Deutschland ausgeführt und als solche verkauft werden, wenn sie mit anderen Weinen vermischt sind. Wir erwarten, daß die Reichsregierung, gestützt auf dieses französische Gesetz und den Versailler Vertrag, keine Abmachung trifft, welche die deutsche Weineproduktion lähmt.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Der polnische Oberste Volksrat an die Bevölkerung Warschins.

(Eigene Drahtnachricht.)

Der polnische Oberste Volksrat erläßt einen langen Aufruf an die polnische Bevölkerung Oberschlesiens, der mit folgenden Worten beginnt: „Der Kampf um die Freiheit, den das polnisch-oberschlesische Volk seit Jahrhunderten mit den übermächtigen Feinden führt, geht seinem Ende zu. Binnen kurzem wird in Genuß das Urteil gefällt werden, das für immer über unsere Zukunft entscheidet.“ Dann heißt es weiter: „Die letzten erfolgte polnisch-deutsche Verständigung verleiht gewisse deutsche Kreise vor dem Widerstand in dem Sinne darzustellen, als ob das polnische Volk, indem es den Deutschen die Hand zur Veröhnung reichte, seine Gefühle und politischen Anschauungen geändert hätte. Daß dem nicht so ist, das beweisen u. a. in außerordentlich deutlicher Weise die vor kurzem gefällten Betriebsrätemahlen. Wir stellen vor der ganzen Welt fest, daß wir den Deutschen die Hand zur Verständigung reichten, weil wir die Wunden heilen und die Spuren des gegenseitigen Haßes, der durch die Abkündigung hervorgerufen wurde, verwischen wollten. Wir wollen mit den Deutschen in Eintracht leben, aber wir ändern damit weder unsere Geltung noch unsere politischen Überzeugungen. Wir erkennen den Deutschen das Recht zum Leben zu, wir können ihnen aber nicht das Recht auf unsere Erde zueräumen. Die schlesische Erde ist Eigentum des polnischen Volkes.“

Kein schmerzhaftes Rasieren mehr!

Die neue baronverordnete Rasierseife LEOSIRA ermöglicht auch bei grobem Bartwuchs ein empfindliches Rasieren ohne Irritationen. Die inhomogenen Aromen der Seife nach dem Rasieren, die sich beim Rasieren im Barthaar ansetzen, werden durch die Seife entfernt. Die Seife ist in allen Apotheken, Drogerien, etc. erhältlich. Sie ist in Leosira-Rasierseife, Spezial durch Laboratorium LEO, Dresden-N. 6.

DEGEFA
Elektrischer Teekessel
D. R. P.



Eleganter Geschenkartikel
Teesieb leicht entfernbar - Praktisch
Sauberste, künstlerische Ausführung
Hoehlglas vernickelt. Überall erhältlich
Erzeugnis der Auerlitz-Gesellschaft
Berlin D 17